

Ganz im Gegensatz zum Determinismus der Technokratie-Debatte waren die Diagnosen nunmehr von »Enttäuschung und Vertrauensverlust«⁴ in die *Steuerungsfähigkeit* der Demokratien geprägt, und das produzierte eine immense *Verunsicherung* über die Zukunft. Die Demokratien schienen unmittelbar vor dem Kollaps zu stehen, beschreibt Gabriele Metzler den Tenor der Regierbarkeitsdebatten, die 1972 anhoben und bis in die frühen 1980er Jahre fort dauerten.⁵ Sie sind Dokument und Katalysator einer fundamentalen Transformation.

An ihnen soll daher dieser tiefgehende Umbruch im Selbst- und Regierungsverständnis der westeuropäischen Gesellschaften im Folgenden rekonstruiert werden.⁶ Dafür werden zunächst die Krisenphänomene aus zeithistorischer und aus zeitgenössischer Sicht dargestellt, um dann die konfligierenden Deutungsangebote herauszuarbeiten. Auf diese Weise wird deutlich, wie die damaligen Interpretationen die Krisenphänomene zu einer zusammenhängenden Krise der Moderne und der Souveränität verdichteten. In der Krise verloren die Deutungsalternativen, die im bekannten Rahmen des Souveränitätsdenkens verblieben, an Überzeugungskraft, vor allem weil auch sie das Scheitern der Souveränität an ihren eigenen Widersprüchen herausarbeiteten.

Dadurch bot sich die Gelegenheit für neue Deutungsmuster, deren Krisendiagnosen mit anders gelagerten Lösungsvorschlägen aufwarteten. Diese Lösungsvorschläge kamen einerseits von neoliberalen Ansätzen und andererseits von einer kybernetisch inspirierten Interpretation der Krise. Neben dem Neoliberalismus setzte sich dieses technologische Regierungsdenken in der Krise der Moderne als ein neues Deutungsmuster für Politik und Gesellschaft durch.

1. Krisenphänomene

Zeithistorische Perspektiven: Strukturbruch

Die Zeitgeschichte hat sich seit Anfang des 21. Jahrhunderts in einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Erforschung der zweiten Hälfte des vorangegangenen Jahrhunderts gewidmet. Dabei hat sie sich sukzessive davon verabschiedet, die späten 1960er Jahre oder die Wende 1989/90 als zentrale Umbruchszeit zu benennen. Immer mehr rückte die Zeit zwischen 1969 bis circa 1984 – »nach dem Boom« und am

4 Johnson: »Zur Bewertung von Herrschaft«, S. 71.

5 Vgl. Metzler: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«, S. 243.

6 Zusätzlich zu den zeithistorischen Studien bildet ein zeitgenössischer Textkorpus die Grundlage der Analyse, der ca. 70 Dokumente umfasste. Eine deutlich gekürzte, auf Deutschland fokussierte Darstellung insbesondere der Krisennarrative wurde auf Basis der Dissertation bereits publiziert (vgl. August: »Von ›Unregierbarkeit‹ zu Governance«).

»Ende der Zuversicht« – in den Vordergrund, die nun als »Strukturbruch«, als »turning point«, »silent revolution« und schließlich als »Epochenschwelle« erscheint.⁷

Dafür kann die Zeitgeschichte auf strukturelle Verschiebungen verweisen. So zeichnete sich in den 1970er Jahren eine demografische Wende ab. War das globale Bevölkerungswachstum kontinuierlich angestiegen, geht die Wachstumsrate der Weltbevölkerung nun zurück. Dabei nimmt insbesondere der relative Anteil der westlichen Industriestaaten an der globalen Bevölkerung rapide ab.⁸

Das gleiche Phänomen zeigt sich im Bereich der Ökonomie. Während der Anteil Europas an der Weltproduktion zwischen 1950 und 1970 stabil war, nimmt er seit den 1970er Jahren ab. Dies liegt unter anderem daran, dass das Wirtschaftswachstum in den westeuropäischen Demokratien zwischen 1950 und 1973 bei ca. 4,5 % lag, im Zeitraum von 1973 bis 2000 aber nur noch 2,1 % erreichte.⁹ Im gleichen Zeitraum verkehrten sich die Gewinnmargen körperschaftlicher Unternehmen von -2,9 % (1959 bis 1973) zu +10 % (1981 bis 1989), während gleichzeitig die Einkommens- und Vermögensungleichheit, die vorher zurückging, rapide anstieg. Auf die »dramatischen Verluste des Kapitals im 20. Jahrhundert« folgte die »Rückkehr des Kapitals in den reichen Ländern seit den 1970er Jahren«.¹⁰

Die These vom »Strukturbruch« in den 1970er Jahren ging zunächst von diesen drastischen ökonomischen Veränderungen aus.¹¹ An ihnen lassen sich nicht nur

7 Vgl. als Überblicksartikel Bösch: »Zweierlei Krisendeutungen«; Geyer: »Die Gegenwart der Vergangenheit«; Möller: »Die 1970er Jahre als zeithistorische Epochenschwelle«; aus der Vielzahl an Detail- und Überblicksstudien vgl. v.a. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht?*; das Schwerpunkttheft des *Journal of Modern European History* (einleitend Wirsching: »The 1970s and 1980s as a Turning Point in European History?«); Leendertz/Meteling (Hg.): *Die neue Wirklichkeit*; Woyke (Hg.): *Wandel des Politischen*; Raithel et al. (Hg.): *Auf dem Weg in eine neue Moderne?*; Beck/Mulsow (Hg.): *Vergangenheit und Zukunft der Moderne*; Doering-Manteuffel et al. (Hg.): *Vorgeschichte der Gegenwart*; Doering-Manteuffel/Raphael: *Nach dem Boom*; Schanetzky: *Die große Ernüchterung*; Chabal (Hg.): *France since the 1970s*; Turner: *Crisis? What Crisis?*; Ferguson et al. (Hg.): *The Shock of the Global*; Caryl: *Strange Rebels*. Für den Begriff der »silent revolution« siehe Kaelble: »The 1970s«, S. 20. Für die soziologische Bearbeitung eines »Strukturwandels der Moderne« vgl. Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten*; Rosa: *Beschleunigung*. Die Politikwissenschaft hat die Relevanz dieser Zeit bisher nicht hinreichend berücksichtigt; nur wenige nehmen sie als Ausgangspunkt gegenwärtiger (Ideen-)Politik ernst, z.B. Bevir: *Democratic Governance*; Rosanvallon: *Demokratische Legitimität*.

8 Vgl. Piketty: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, S. 110-114; Rödder: »Nach der Moderne?«, S. 292.

9 Vgl. Metzler: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«, S. 148; ähnlich auch Piketty: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, S. 89f., 136; Kaelble: »The 1970s«, S. 18.

10 Vgl. Piketty: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, Zitate auf S. 195 und 226, als Überblick S. 39-48 sowie Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 22f. Die Reihe ökonomischer Indizes für eine »völlige Umkehrung der Situation« (Piketty auf S. 192) ließe sich verlängern, z.B. anhand von Staatskapital und Privatkapital (aufgeschlüsselt nach Ländern bei Piketty, S. 180-205, zur Staatsquote Nützenadel: *Stunde der Ökonomen*, S. 346).

11 Vgl. Doering-Manteuffel: »Langfristige Ursprünge und dauerhafte Auswirkungen«.

die ›Epochen‹ vor und nach dem Boom unterscheiden, sondern auch die Transformation in den Krisenjahren selbst am eindrucklichsten darstellen. Zum einen kollabierte im März 1973 das System der festen Wechselkurse, ein zentraler Pfeiler der Nachkriegsordnung.¹² Seit längerem war der Dollar aufgrund seiner Funktion als Ankerwährung überbewertet und hatte nicht flexibel auf Schwankungen in der US-Ökonomie reagieren können. In Sorge um die steigende Inflationsrate und Arbeitslosigkeit hatte US-Präsident Nixon daher schon 1971 die Gold-Bindung des Dollars aufgehoben. Dies führte zu einem Kurssturz des Dollars. Angetrieben von den Schulden, die die USA durch den andauernden Vietnam-Krieg ansammelten, minderten Spekulationswellen den Wert des Dollars weiter. Als eines der ersten Länder reagierte Großbritannien 1972 damit, seine Währung nicht mehr an den Dollar zu koppeln. Nachdem im Februar 1973 eine erneute Abwertung des Dollars bekanntgegeben wurde, schlossen zahlreiche europäische Devisenbörsen vom 2. bis 9. März 1973 und die Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Japan lösten die Dollarbindung. Damit wurde das Bretton-Woods-Abkommen faktisch außer Kraft gesetzt und ein System flexibler, *floatender* Wechselkurse eingeführt.

Dass 1973 sowohl in den zeithistorischen Darstellungen als auch in den Selbstbeschreibungen zum symbolischen Krisenjahr wurde, lag zum anderen an der Ölpreiskrise.¹³ Der Anstieg des Ölpreises im Herbst 1973 komprimierte die sich abzeichnende wirtschaftliche Rezession in ein schockartiges Moment. Durch die hochschnellenden Kosten für Rohstoffe ließen sich die Beschäftigungsquoten in den westlichen Ländern nicht auf dem gewohnten Nachkriegsniveau halten: In der Bundesrepublik erhöhte sich die *Arbeitslosigkeit* von 0,8 % (1973) auf 2,6 % (1974), um dann im Folgejahr auf 3,3 % anzusteigen (Abb. 3).¹⁴ Damit wuchs die Zahl der Arbeitslosen auf über eine Million, zu der eine Million Menschen in Kurzarbeit hinzukamen.¹⁵ In Frankreich stieg die Arbeitslosigkeit noch im Verlauf der 1970er Jahre auf 4,7 %, in Großbritannien sogar auf über 5 %.

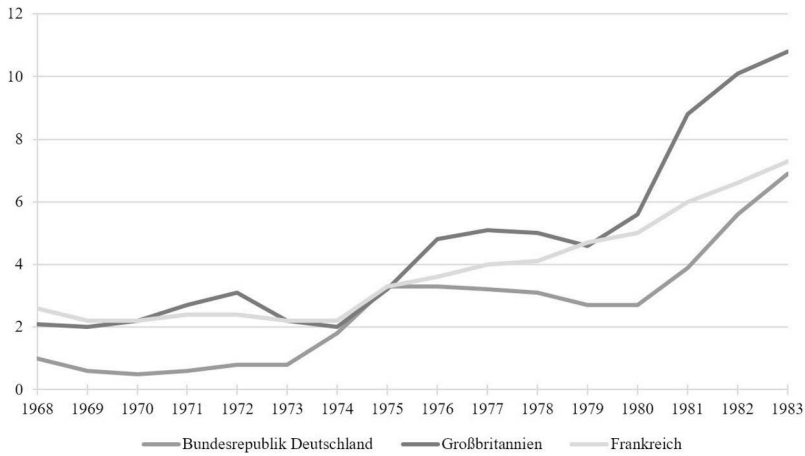
12 Vgl. für diesen Absatz Lee: *Victory in Europe?*, S. 138-140; Schanetzky: *Die große Ernüchterung*, S. 119-121; Jarausch: »Zwischen ›Reformstau‹ und ›Sozialabbau‹«, S. 332.

13 Vgl. z.B. Jarausch: »Verkannter Strukturwandel«, S. 10f.

14 Vgl. zu den Zahlen stets die unter den Abbildungen angegebenen Datenbanken. Die Angaben differieren freilich je nach angelegter Definition und Referenz. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit gibt z.B. in Bezug auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen eine noch höhere Arbeitslosenquote an (1,2 % auf 4,7 % von 1973 bis 1976).

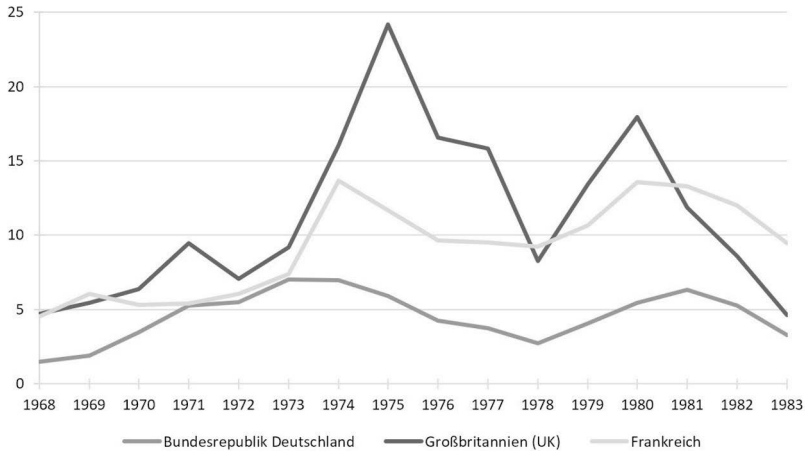
15 Vgl. Jarausch: »Zwischen ›Reformstau‹ und ›Sozialabbau‹«, S. 333; Schanetzky: *Die große Ernüchterung*, S. 36f.

Abbildung 3: Arbeitslosigkeit in Prozent von 1968 bis 1983



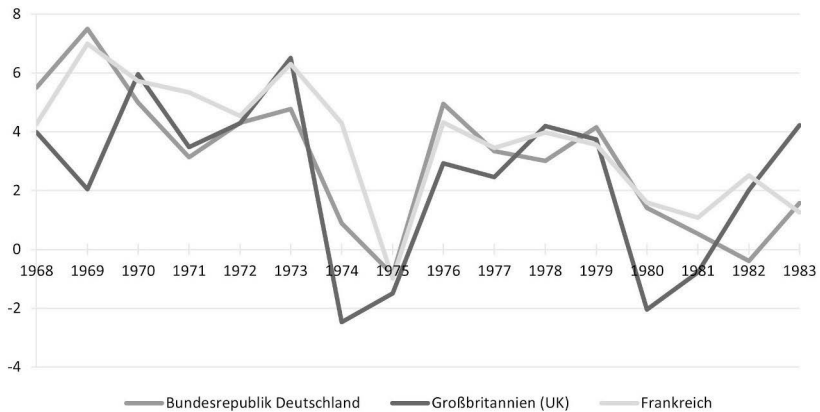
Quelle: Eigene Darstellung auf der Datenbasis von AMECO (URL: ec.europa.eu/economy_finance/ameco/, Unemployment ZUTN, abgerufen am 08.08.2017).

Abbildung 4: Inflationsrate in Prozent von 1968 bis 1983



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten der OECD (URL: stats.oecd.org, Consumer Prices – Annual Inflation, abgerufen am 08.08.2017).

Abbildung 5: Jährliche Wachstumsrate in Prozent von 1968 bis 1983



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten der World Bank (URL: data.worldbank.org, GDP growth, annual %, abgerufen am 08.08.2017). Dort fehlen die Angaben für die BRD in den Jahren 1968–1970; sie wurden ergänzt durch die Eurostat-Daten bei Giebel-Felten: *Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im EU-Vergleich 1962–2001*, S. 24).

Parallel zur Arbeitslosigkeit stieg auch die *Inflationsrate* (Abb. 4). In Deutschland war sie seit 1969 schon von 1,9 % auf 5,5 % im Jahr 1972 gewachsen; im Jahr 1973 schnellte sie noch einmal auf 7 % und verharrte dort. Im Vergleich mit anderen westlichen Ländern waren das gute Werte, denn die USA erreichten 1974 ca. 11 %, Frankreich 14 %, und das Vereinigte Königreich erlebte infolge der Streiks der Minenarbeiter noch einmal einen massiven Anstieg von 16 % auf 24 %. Dies führte auch dazu, dass in Großbritannien nicht (nur) der Ölpreisschock von 1973, sondern vor allem die *miners' strikes* von 1974 zum symbolischen Krisenmoment wurden.¹⁶

Schließlich zeigt auch ein dritter zentraler Referenzwert die massive wirtschaftliche Krise der westlichen Demokratien: Das *Wirtschaftswachstum* hatte am Beginn des Jahres 1973 noch zwischen 4,8 % (Deutschland) und 6,5 % (Großbritannien) gelegen; bis 1975 stürzten die Wachstumsraten nun auf -0,9 % (Deutschland) und -1,5 % (Großbritannien). Frankreich hatte sich 1974 noch auf 4,3 % halten können, die Wachstumsrate stürzte dann aber ebenfalls auf -1 %. Nachdem sich

16 Sehr viele der britischen Quellen, die im Folgenden zitiert werden, beziehen sich hierauf als traumatisches Ereignis. Man kann daran sehen, dass die Krisen in den einzelnen Nationalstaaten durchaus unterschiedlich verliefen und unterschiedliche Erfahrungsmomente mit sich brachten. Dennoch wird insgesamt sowohl in den zeitgenössischen Quellen als auch in der Sekundärliteratur von einer gemeinsamen (zumindest westeuropäischen) Krisensituation gesprochen.

das Wachstum 1976 kurzzeitig erholte, brach es in den Folgejahren, bestärkt durch eine zweite Ölpreiskrise im Jahr 1979, erneut ein, während die Arbeitslosigkeit noch einmal anstieg (Abb. 5).

Aus der historischen Distanz lassen sich viele dieser Krisensymptome einordnen. So versteht André Steiner die ökonomische Krise als einen sektoralen Wandel.¹⁷ Innerhalb des Industriesektors verlagerte sich das Gewicht demnach weg von den klassischen Zweigen des 19. Jahrhunderts, der Montan-, Schiffs- und Textilindustrie, was insbesondere Großbritannien traf. Damit erodierten auch die zugehörigen Sozialmilieus und es wurden Arbeitskräfte freigesetzt, die für die Herstellung der technologisch verfeinerten Produkte des Fahrzeugbaus, der Optik und der Datenverarbeitung nicht ausgebildet waren. Gleichzeitig sei vor allem von der Vorleistungsnachfrage der industriellen Unternehmen ein Impuls für die Ausweitung des Dienstleistungssektors ausgegangen, während der Anteil des landwirtschaftlichen Sektors sukzessive zurückging. Man hatte also sowohl *innerhalb* des industriellen Sektors als auch *zwischen* den Sektoren Verschiebungen, aus denen Dauer- und Sockelarbeitslosigkeit resultierten. Diese passten sich nicht an konjunkturelle Schwankungen an und sie wuchsen auch in der kurzen Phase konjunktureller Erholung in den 1970er Jahren. Die Abkopplung der Arbeitslosigkeit von der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts wird in zeitgenössischer und in zeithistorischer Perspektive als Indiz für eine nachhaltige, strukturelle Veränderung gewertet.

Diese Befunde wurden allerdings auch immer wieder relativiert.¹⁸ Betrachtet man die sozio-ökonomischen Veränderungen aus der *zeitlich-vergleichender Hinsicht*, lassen sie sich als eine Fortsetzung von Trends beschreiben, die man bereits vor den Weltkriegen beobachten konnte. Infolgedessen müsste man vielmehr die Zeit zwischen 1950 und 1970 als die eigentliche Ausnahmesituation beschreiben. Sie wurde von der Normalität der wirtschaftlichen Entwicklung – hinsichtlich der

17 Vgl. zum Folgenden Steiner: »Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?«. Die Gründe lagen laut Steiner einerseits im technologischen Wandel und in der Erschöpfung des Rekonstruktionspotenzials nach 1945, andererseits aber auch in einer veränderten Angebotsseite (steigende Rohstoffpreise, sinkende Mobilität, durch die stabilen Rahmenbedingungen wachsende Konkurrenz) und einer veränderten Nachfrageseite (Sättigung bei den klassischen Konsumgütern). Vgl. auch Doering-Manteuffel: »Langfristige Ursprünge und dauerhafte Auswirkungen«; Schanetzky: *Die große Ernüchterung*, S. 40–42; Jarausch: »Verkannter Strukturwandel«, insb. S. 18f. Nach Fertigstellung des Manuskripts ist mit Raphael: *Jenseits von Kohle und Stahl* eine große Analyse des Wegs in eine postindustrielle Ordnung erschienen.

18 Zusammenfassend zur Kritik der zeithistorischen Krisendiagnosen vgl. Bösch: »Zweierlei Krisendeutungen«, S. 217–220; Black/Pemberton: »Introduction«. Zur Langzeitperspektive vgl. Piketty: *Das Kapital im 21. Jahrhundert* und Metzler: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«, S. 248f., die einer Einebnung dennoch kritisch gegenüberstehen.

sektoralen Trends, Wachstumsraten und Einkommensungleichheit – wieder eingeholt, nachdem um 1970 die kriegsbedingten Rückstände aufgeholt worden waren.

Die gleiche Irritation kommt in *räumlich-vergleichender Hinsicht* auf, denn ausgerechnet die westlichen Demokratien blieben institutionell letztlich weitestgehend unverändert. Dem stehen die massiven Umbrüche in den südeuropäischen Gesellschaften Griechenlands, Spaniens und Portugals gegenüber, deren autoritäre Herrschaftsstrukturen kollabierten und – im Falle Griechenlands und Portugals: erneut – zu Demokratien transformiert wurden.¹⁹ Auch für den ›Ostblock‹, für den freilich die Schwelle 1989/90 noch einmal relevanter ist, lässt sich zumindest argumentieren, dass es die ökonomischen Krisen und die soziale Differenzierung der 1970er Jahre waren, die zum Kollaps am Ende der 1980er Jahre führten, weil die sozialistischen Systeme gerade keine angemessenen Antworten hierauf entwickeln konnten.²⁰ Im Vergleich dazu dominierte im ›Westen‹ die Kontinuität: Die demokratischen Gesellschaften blieben repräsentative Demokratien, und auch die individuelle lebensgeschichtliche Erfahrung deckt sich daher häufig nicht mit der öffentlichen Krisenrhetorik, wie Frank Bösch zurecht bemerkt.²¹

Diese komparativen Einordnungen haben ihre Berechtigung, denn sie korrigieren eine im Entstehen begriffene Erzählung, indem sie die Perspektive ökonomischer Strukturdaten dezentrieren. Zugleich warnen sie so davor, den Begriff der ›Krise‹ aus den zeitgenössischen Beschreibungen als eine Untergangserzählung zu übernehmen. Damit verweisen sie implizit auch auf einen wichtigen theoretischen Aspekt: Im Gegensatz zur Alltagssprache muss ein reflektierter Krisenbegriff die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen erfassen, die auch die Anschlusspunkte für die weitere historische Entwicklung bereithält. Es reicht daher aber auch nicht aus, sich auf die Relativierung der ›Krise‹ zurückzuziehen. Vielmehr muss man den dadurch offen zutage tretenden Widerspruch klären: Selbst wenn es sich um einen im Vergleich nur bedingt dramatischen Umbruch handeln würde, wieso gestaltete sich die zeitgenössische Reaktion dann so deutlich in der Form von Krisen- und Untergangsszenarien?

Zur Beantwortung dieser Frage ließe sich zunächst darauf verweisen, dass Erfahrung und Erwartung auseinandertraten. Bestärkt von 25 Jahren Prosperitätserfahrung waren die Erwartungen auf eine durch wissenschaftliche Analyse belastbare Politik ausgerichtet gewesen, sodass die Erfahrung falscher Vorhersagen und einer schärferen wirtschaftlichen Rezession, deren Bearbeitung nicht unmittelbar

19 Vgl. Kaelble: »Konvergenzen und Divergenzen in der Gesellschaft Europas seit 1945«, S. 30.

20 Dazu sehr schön Ther: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*; Steiner: »Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?«.

21 Vgl. Bösch: »Zweierlei Krisendeutungen«, S. 218, 229.

gelang, frustrierte Reaktionen hervorrief.²² Solange man darin aber nur eine Ernüchterung ohnehin überzogener Erwartungen sieht, unterschätzt man allerdings die tatsächliche Systematik des Problems und kann so den epistemischen Bruch, der sich in den 1970er Jahren ereignete, nicht ganz erfassen.

Im Folgenden werde ich argumentieren, dass die Veränderungen als so dramatisch wahrgenommen wurden, weil sie die Kernversprechen des Regierungskonzeptes Souveränität betrafen. Diese systematisch-konzeptionelle Dimension plausibilisiert auch, dass insbesondere die öffentlichen Intellektuellen schon früh eine grundlegende Krise diagnostizierten.²³ Ihre Erklärungen für die Krise liefen insofern folgerichtig auf eine Dekonstruktion der Souveränität hinaus, indem sie deren interne Dilemmata nachzeichneten. In dem Moment aber, als das Konzept dynamischer Stabilisierung der modernen Gesellschaft durch eine zentrale Steuerungsinstanz versagte, brach die gesamte Problemlage der Verarbeitung von Kontingenz, der Stellung der Subjekte und der Aufgabe von Politik neu auf. Die zentrale Stellung des Souveränitätsdenkens für die Konzeption einer modernen Gesellschaft hatte zur Folge, dass die Koordinaten der Gesellschaftsformation Moderne selbst zur Diskussion gestellt wurden.

Zeitgenössische Krisenwahrnehmung: Stagflation, Protest, Gewalt

Die zeitgenössischen Akteure waren mit den je aktuellen statistischen Daten durchaus vertraut. Ihre breite Verfügbarkeit und Relevanz gehörten zu der Expansion des Planungs- und Steuerungsanspruchs des souveränen Staates.²⁴ Sie hatten ja die Basis bieten sollen, um die drei zentralen Versprechen einzulösen, mit denen das souveräne Regierungskonzept den Staat beziehungsweise die Regierung beauftragt hatte. Erstens war der Staat angetreten, um die Souveränität des Staates mit der Souveränität der Bürger:innen zu verbinden und ihnen hierfür durch repräsentative Verfahren die Möglichkeit und durch Bildung die Fähigkeit zur Verfügung zu stellen. Als zweites beinhaltete die Souveränitätskonzeption ein Friedensversprechen, das zwischenstaatlich durch internationale Organisationen, innerstaatlich durch den Ausgleich von Interessen gewährleistet werden sollte. Hieran schloss das dritte Versprechen dynamischer Stabilität an: Die Regierung sollte die sozialen Kräfte ausbalancieren. Dafür sollte sie Wohlstandswachstum für alle organisieren, indem Produktions- und Verteilungsprozesse effizient geplant

22 Vgl. Jarausch: »Verkannter Strukturwandel«, S. 17; Süß/Woyke: »Schimanskis Jahrzehnt?«, S. 8; Seefried: *Zukünfte*, S. 501-504; bereits konzeptioneller verfährt Metzler: »Probleme politischen Handelns im Übergang zur Zweiten Moderne«.

23 Demgegenüber attestiert Jarausch den deutschen Politikern eine »Wahrnehmungsblockade«, sodass sie den Strukturwandel vielfach bis zur zweiten Ölpreiskrise verkannt hätten (Jarausch: »Zwischen ›Reformstau‹ und ›Sozialabbau‹«, S. 335).

24 Aus der breiten Literatur zur Expansion dieses Wissens vgl. Nützenadel: *Stunde der Ökonomen*.

wurden. In der politischen Krisenliteratur von 1969 bis 1980 treten geradezu spiegelbildlich drei Problemlagen immer wieder als Anlass- und Referenzpunkte der gesamten Debatte um die Regierungsunfähigkeit der Staaten in den Vordergrund: die Stagflation als Krisensymptom des Wohlfahrtsstaates, die Konfrontation sozialer Interessen und die Eskalation von Gewalt in Krieg und Terrorismus.

Ein deutliches Übergewicht besitzt dabei die Diskussion der ökonomischen Krise. Sie wird in den Texten als *politische Krise von gesamtgesellschaftlichem Ausmaß* thematisiert. Diese Deutung entspricht der keynesianischen Grundannahme, nach der der Politik die Aufgabe ökonomischer Steuerung zukam. Dabei war die Steuerungspolitik davon ausgegangen, dass zwischen der Inflation und der Beschäftigungsquote ein positiver Zusammenhang bestehen musste. Umgekehrt formuliert: Je höher die Arbeitslosigkeit, desto niedriger die Inflation. Parallel dazu galt die Annahme, dass Wirtschaftswachstum zu einer höheren Inflation führen muss, während die Stagnation der Wirtschaft zwingend mit einem Rückgang der Inflation zusammenhinge.²⁵ Was die Menschen damals beobachteten, widersprach diesen Annahmen also fundamental.

Aus zeitgenössischer Sicht waren die oben benannten Werte absolut betrachtet schon sehr bedenklich, denn man hatte seit der Großen Depression die Sorge, dass sich keine Demokratie jenseits einer Inflationsrate von 30 % halten könne, und zumindest Großbritannien war auf dem besten Weg dorthin.²⁶ Setzte man die Inflation aber in Bezug zu den anderen beiden Standardwerten der keynesianischen Problemlösung für die Große Depression, also Beschäftigungsquote und Wirtschaftswachstum, wurde das Ausmaß des Dilemmas erst deutlich: Die ›Stagflation‹ beschrieb ein Phänomen, das laut der politischen Wissensordnung im Rahmen von Industriestaaten nicht stattfinden sollte – und dennoch stattfand.²⁷

Die Beobachtung der Stagflation zog dementsprechend alarmistische Einschätzungen nach sich: »If Britain continues to be unable to resolve the seemingly unresolvable problems of inflation-cum-prospective depression, [...] ›parliamentary democracy would ultimately be replaced by a dictatorship‹«, wurde ein britischer

25 Bei den Annahmen des Zusammenhangs von Arbeitslosigkeit und Inflation handelte es sich um eine Variante der Phillips-Kurve, die aufbauend auf Beobachtungen der späten 1920er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg formuliert, modifiziert und dann steuerungspolitisch rezipiert wurde. Vgl. zur Stagflation auch Schui/Blankenburg: *Neoliberalismus*, S. 54–56, bei denen man den bis heute andauernden Streit um die Ursachenanalyse beobachten kann (exogener Schock vs. interne Steuerungsfehler).

26 Vgl. auch Runciman: »The crisis of British democracy«, S. 171. In Deutschland galt schon eine Inflationsrate von 5 % als gefährlich (vgl. Buggeln: »Steuern nach dem Boom«, S. 71).

27 Dies wurde zeitgenössisch vielfach besprochen, etwa bei Kielmansegg: »Demokratieprinzip und Regierbarkeit«, S. 124, Rose: »Ungovernability«, S. 358, oder Crozier et al.: »Conclusion«, S. 164. Zur Rolle der Stagflation im Keynesianismus vgl. Steiner: »Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?«, S. 43.

Beamter direkt am Beginn des einflussreichen Krisenreports der *Trilateral Commission* zitiert.²⁸ Dieser erschien allerdings noch vor dem erneuten Einbruch der Wirtschaft. Das Problem spitzte sich weiter zu, umso häufiger die gewählten Mittel scheiterten. 1976 verkündete Jacques Rueff das Ende des Keynesianismus, in diesem Fall nicht ohne gewisse Freude, denn Rueff war Mitglied der Mont Pelerin Society und seit jeher bekennender Kritiker von Keynes Theorie.²⁹ Demgegenüber markierte Ralf Dahrendorf 1979 in der britischen Debatte durchaus besorgt die strukturelle Unfähigkeit der Regierungen im Umgang mit dem »Fluch« der Inflation. Er zählte die Steuerungsversuche auf – von der Stimulation des Wachstums über neue »Gesellschaftsverträge«, die die Löhne und »manchmal« auch die Preise niedrig halten sollten, bis hin zur Steuerung der Geldmenge – und konstatierte, dass keine der Maßnahmen erfolgreich gewesen sei.³⁰ Für ihn war dieses wiederholte Scheitern ein tiefgreifendes, politisches Krisensymptom.

Neben der ökonomischen Dimension tritt in Dahrendorfs Ausführung en passant auch ein zweites *Krisenphänomen* auf, das viele überaus beunruhigte: *das Aufbrechen massiver Konflikte zwischen staatlicher Politik und gesellschaftlichen Interessen*. Diese Konflikte lassen sich heuristisch in zwei Kategorien unterteilen: Auf der einen Seite steht der »klassische« Konflikt zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, auf den Dahrendorf mit dem Verweis auf Löhne und Preise anspielte; auf der anderen Seite stehen »neue« Konflikte, die in den gegenkulturellen Strömungen und den neuen sozialen Bewegungen zum Ausdruck kamen. In beiden Varianten wurden die Konflikte dann entweder so gelesen, dass der Staat sein Partizipationsversprechen nicht einlöste, oder sie wurden so gelesen, dass der Staat seine eigene Souveränität nicht mehr gegen die gesellschaftlichen Interessen durchsetzen konnte. Von konservativer Seite befürchtete man dann eine »Refeudalisierung« des Staates, und diese Gefahr ging zumeist von den Gewerkschaften aus.³¹

Dem Problem der sozialen Konflikte widmete auch Peter Graf Kielmansegg einen Artikel, der die zurückliegende Debatte der Nachkriegszeit resümierte. Er argumentierte, dass »die Freude darüber, den Pluralismus als konstitutives Prinzip der westlichen Demokratie entdeckt zu haben« nicht lange gewährt habe, weil schnell klar wurde, dass die Interessen weder »gleichermaßen organisierbar« seien noch »den gleichen Zugang zu den Zentren der Entscheidung« haben.³² Dadurch hatte die frühe Euphorie für den Pluralismus einen Dämpfer erfahren, weil die Partizipations- und Gleichheitsansprüche nicht zusammengingen.

28 Crozier et al.: »Introduction«, S. 2.

29 Rueff: »La Fin de l'Ere Keynesienne«.

30 Dahrendorf: »Effectiveness and Legitimacy«, S. 395 (Zitate: eigene Übersetzung). Dabei lässt sich im Übrigen eine Abneigung gegenüber den monetaristischen Maßnahmen erkennen.

31 Siehe dazu prägnant Schieder: »Einmaligkeit oder Wiederkehr«, S. 35.

32 Hier und im Folgenden Kielmansegg: »Organisierte Interessen als »Gegenregierung«?«, S. 139.

In der aktuellen Diskussion komme ein neues Problem hinzu, weil nun das Verhältnis zwischen Staat und Interessen zur Disposition stehe, argumentierte auch Kielmansegg. So, wie er die empirischen Studien der Zeit las, wurden die »organisierten Interessen« so mächtig, dass sie als »Regierung, Gegenregierung und Nebenregierung« die staatliche Regierungskompetenz unterliefen.³³ Die Pluralisierung und Stärkung der gesellschaftlichen Interessen führen dazu, dass sich die innere Souveränität auflöse. Dadurch schwinde die Gestaltungs- und Entscheidungskompetenz, auf die der Staat im teleologischen Regierungsdenken der Nachkriegszeit aber angewiesen war:

»Die Institutionen des Staates brauchen, um ihrer Bestimmung [!] genügen zu können, Entscheidungsspielräume gegenüber allen Gruppen, und sie müssen imstande sein, ihren Entscheidungen Geltung bei allen Betroffenen zu sichern. [...] Dies sind die Sachverhalte, die die Formel von der *Auflösung der inneren Souveränität* meint. Bei genauerem Hinsehen lassen sich drei Typen von Gefährdungen unterscheiden: die Instrumentalisierung der Institutionen des Staates, die Blockierung der Institutionen des Staates und die Ausübung autonomer Steuerungsmacht.«³⁴

Unter dem Stichwort »organisierte Interessen« blickte Kielmansegg – wie viele andere – zunächst auf die Gewerkschaften. Ihr politischer Einfluss wurde besonders deutlich wahrgenommen, als mit dem ökonomischen Sinkflug der Konsens von Arbeit und Kapital zerbrach. In diesem Zuge stiegen Streikhäufigkeit und -intensität an.³⁵ Das paradigmatische Beispiel für die Gefahr, die davon ausging, war »[d]as britische Drama des Konfliktes zwischen der Gewerkschaftsbewegung und zwei Regierungen«.³⁶ Selbst als der konservative Premierminister Heath, der die Konfrontation mit den Gewerkschaften suchte, durch die Labour-Premiers Wilson (ab 1974) und Callaghan (ab 1976) abgelöst worden war, gingen jedes Jahr über 10 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren: »Striking gas and power workers, engine drivers, miners, ambulance drivers, hospital staff, firemen and civil servants created an image of a government out of control and of trade union in a position of power«, resümiert Sabine Lee die Wahrnehmung in der britischen Öffentlichkeit.³⁷

33 Kielmansegg: »Organisierte Interessen als »Gegenregierung«?, S. 145.

34 Kielmansegg: »Organisierte Interessen als »Gegenregierung«?, S. 145 (Hervorhebung hinzugefügt).

35 Vgl. dazu auch Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 250.

36 Kielmansegg: »Organisierte Interessen als »Gegenregierung«?, Zitat S. 154; insg. S. 154-164. Die Hintergründe konnte er offensichtlich auch für ein deutsches Publikum als bekannt voraussetzen: »An den Konfliktstoff braucht nur eben erinnert zu werden« (S. 154).

37 Lee: *Victory in Europe?*, S. 143, zur britischen Krisenwahrnehmung auch Turner: *Crisis? What Crisis?*, S. 11, 189; Geppert: *Thatchers konservative Revolution*, insb. S. 201-204. Für Primärquellen nur beispielhaft Rose: »Ungovernability«, S. 367 (mit internationalen Bezügen); King: »Over-

Im Vergleich zu Großbritannien oder auch Frankreich war die Krisensituation in der Bundesrepublik weniger dramatisch, wie manche Kommentare vermerkten.³⁸ Diese wahrgenommene Diskrepanz lässt sich nachvollziehen, wenn man etwa auf die Streiktage schaut: In den Spitzenjahren 1971 und 1978 gingen hier nur 2,5 Millionen Arbeitstage verloren.³⁹ Allerdings lag dies immer noch deutlich über jedem anderen Jahr seit Gründung der Bundesrepublik, und zudem gab es 1973 zum zweiten Mal nach 1969 ›wilde Streiks‹, die die Konzentrierte Aktion von Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeberern unterliefen und höhere Löhne einforderten. Damit traten ähnliche Phänomene wie in Großbritannien auf, sodass die deutschen Kommentare vielfach Anlass zu einer Sorge fanden, die sie anhand Großbritanniens extrapolieren konnten: Streiks und wilde Streiks unterminierten die Regierungsfähigkeit der Politik so weit, dass sie zu einem Verfassungsproblem der politischen Ordnung insgesamt wurden.⁴⁰

Das massive Konfliktpotenzial erschöpfte sich allerdings, wie angesprochen, nicht mehr im klassischen Arbeitskampf. Denn es hatten sich zudem in allen westlichen Gesellschaften zahlreiche neue soziale Bewegungen gegründet, die den Gesetzgebungsprozess vermeintlich blockierten oder die Anerkennung von Gesetzgebung unterliefen.⁴¹ Wie Claus Leggewie autobiografisch beschrieb, war dies ein durchaus paradoxer Effekt der 68er-Proteste, denn diese hatten in großen Teilen auf eine Revolution des gesamten Systems gezielt, statt auf eine thematisch fokussierte Reformierung.⁴² Während aber die Proteste von 1968 nur selten über

load«, S. 290f.; Brittan: »The Economic Contradictions of Democracy«, S. 131f.; für die USA etwa Huntington: »The United States«, S. 103.

- 38 Siehe z.B. Crozier: »Western Europe«, S. 23, 37. In Großbritannien sah man sich ohnehin als besonders betroffen, was die Rede von der ›englischen Krankheit‹ auf den Punkt bringt (etwa Johnson: *Die englische Krankheit*; vgl. auch Geppert: *Thatchers konservative Revolution*, S. 198–201).
- 39 Zu den Streiktagen vgl. die Datenbank von Sensch: *Arbeitskämpfe in Deutschland*.
- 40 Siehe Böckenförde: »Die politische Funktion wirtschaftlich-sozialer Verbände und Interessenträger in der sozialstaatlichen Demokratie«. Interessanterweise spielt die Unterminierung der Gewerkschaften durch wilde Streiks in den Beobachtungen kaum eine Rolle. Vgl. zeithistorisch zu den Selbstbeschreibungen auch Schanetzky: *Die große Ernüchterung*, S. 137–139; für eine strukturelle Perspektive vgl. Müller-Jentsch: *Strukturwandel der industriellen Beziehungen*, S. 69–71; Süß/Woyke: »Schimanskis Jahrzehnt?«, S. 12.
- 41 Siehe Matz: »Über politische Untugenden als Hemmnisse des Regierens im demokratischen Verfassungsstaat«, S. 219; Roegele: »Massenmedien und Regierbarkeit«, S. 192–194, oder den ›Hinweis‹ auf »die neuerliche Verunsicherung durch Bürgerinitiativen, in denen echte humane Betroffenheit, manipulierender Radikalismus und Schildbürgerei wieder einmal eine typisch deutsche Verbindung eingehen« (Schwarz: »Das europäische Konzert der gelähmten Leviathane«, S. 304).
- 42 Leggewie: »1968 ist Geschichte«, wo er 1968 als »glücklich gescheiterte Revolution« (S. 5) bezeichnet. Für das gleiche Paradox in Frankreich vgl. Christofferson: *French Intellectuals Against the Left*.

den originär-studentischen Rahmen hinaus mobilisierten, brachten die neuen Bewegungen die Pluralität der gesellschaftlichen Interessen zum Ausdruck, die im Wohlstand der zurückliegenden Jahre entstanden waren.

Besonders präsent ist die Ausdifferenzierung einer »adversary culture« im Report der *Trilateral Commission*, vor allem in den Beiträgen zu Westeuropa und den Vereinigten Staaten.⁴³ Im Zentrum standen dabei die Anti-Atom-Bewegung und die Ökologie-Bewegung, Frauen- und Bürgerrechtsbewegungen sowie die Vervielfachung von Bürgerinitiativen, aber auch die Auseinandersetzung mit Sexualität und dem staatlichen Strafwesen wurde nunmehr politisiert. Zu diesen neuen Bewegungen gehörten in Frankreich dann auch zwei Gruppierungen, in denen Michel Foucault federführend aktiv war: die *Groupe d'Information sur les Prisons* und die Anti-Psychiatrie-Bewegung.

Die Vervielfältigung und Intensivierung des Konflikts, die bekanntlich auch zum expliziten politischen Programm Foucaults gehörte, ist schließlich mit einem dritten Aspekt verbunden, der immer wieder als Referenzpunkt in den Texten zur (Un-)Regierbarkeit genannt wird: der *Wiederkehr der Gewalt*.

Diese Rückkehr wurde in zwei Richtungen thematisiert: Auf der einen Seite standen starke Bewegungen gegen die Aufrüstung und Remilitarisierung. Ihr Fokus verlagerte sich sukzessive vom Vietnam-Krieg auf die neuerliche Verschärfung des Kalten Kriegs, wie der Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluss in der Bundesrepublik exemplarisch zeigt.⁴⁴ Während hier die Gewaltkapazitäten des Staates im Fokus standen, problematisierte die zweite Perspektive umgekehrt die (mangelnden) Friedenskapazitäten der Nachkriegsstaaten: Nicht nur dass die Ölpreiskrise durch den Jom-Kippur-Krieg 1973 ausgelöst wurde,⁴⁵ die westeuropäischen Staaten wurden vor allem intern durch Terrorismus herausgefordert.

Dabei beobachteten zeitgenössische Akteure eine Radikalisierung linker Gruppen, die sich von den gemäßigt linken Parteien und der Bewegung der Neuen Linken abspalteten.⁴⁶ Während die militanten Aktionen maoistischer und trotzkisti-

43 Crozier et al.: »Introduction«, Zitat auf S. 6. Vgl. hier und im Folgenden Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 276-282; Wendt: *Geschichte der Sozialen Arbeit*, S. 249-299.

44 Siehe Diner: »Hier stimmt was nicht«; in kritischer Abgrenzung etwa Huntington: »The United States«; Maizière: »Verteidigungspolitik in der Demokratie«. Eine Rekonstruktion des »NATO-Doppelbeschluss[es] als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung« vor dem Hintergrund der Krise bietet Gassert: »Viel Lärm um Nichts?«; vgl. auch Lee: *Victory in Europe?*, S. 162-164; Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 277.

45 Siehe etwa Schieder: »Einmaligkeit oder Wiederkehr«, S. 27. Zeithistorisch wird die Erhöhung der Rohstoffpreise als Instrument von OPEC-Staaten gesehen, um die westliche Unterstützung Israels im Krieg zu erodieren (vgl. Lee: *Victory in Europe?*, S. 140f.).

46 Siehe Allemann: »Aufstand der Regionen«, insb. S. 291-298; Wilkinson: »Die Drohung des Terrorismus«. Insbesondere Paul Wilkinsons Werk verweist auf den Zusammenhang von sozialen Bewegungen und Terrorismus. In den 1970er Jahren veröffentlichte er vier Monografien,

scher Gruppen in Frankreich in diese Nähe gerückt wurden, waren in der Bundesrepublik vor allem die außerparlamentarische Opposition und die Rote Armee Fraktion (RAF) die einschlägigen Beispiele. Die RAF entwickelte nach der ersten Hochphase 1972 zwischen 1975 und 1977 bekanntlich eine zweite aktive Phase, deren Höhepunkt der Deutsche Herbst 1976 war. Auch in Italien verübten zwei terroristische Gruppen mehrere Attentate, die kommunistischen Roten Brigaden und der rechtsextremistische *Ordine Nuovo*.⁴⁷

Daneben traten terroristische Attacken separatistischer Organisationen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker anriefen. Das dramatischste Beispiel dafür war die *Irish Republican Army* (IRA). Der *Bloody Sunday* am 30. Januar 1972, an dem die britische Staatsgewalt unbewaffnete Demonstranten angriff, wurde dabei zum Auslöser für die Eskalation des Nordirland-Konflikts, in deren Folge die IRA zahlreiche terroristische Anschläge verübte. Während die Attacken der IRA oder auch der baskischen *Euskadi Ta Askatasuna* weitgehend regional begrenzt blieben, war der Terrorismus der *Palestine Liberation Organization* in mehreren Ländern aktiv. Insgesamt zeichnete sich eine Internationalisierung des Terrorismus ab, weil sich die Gruppierungen miteinander solidarisierten. Wilhelm Hennis begründete daher die Frage nach der Regierbarkeit mit dem Blick auf diese Ereignisse: »Terror, Brutalität und Gewaltsamkeit für diesen oder jenen Zweck gibt es seit eh und je in der menschlichen Geschichte. Aber nie waren seine Chancen so groß, seine möglichen Auswirkungen so weltweit unbegrenzt.«⁴⁸

Allerdings wurde die Gefahr, dass der Staat tatsächlich militärisch vom Terrorismus überwältigt werden könnte, eher gering eingeschätzt. Das eigentliche Problem des Terrorismus für die Regierbarkeit lag demnach tiefer: Entweder könnte er zum ohnehin eingeleiteten Vertrauensverlust in die politische Ordnung beitragen, weil auch die hohen Erwartungen an sozialen Frieden und Sicherheit nicht mehr erfüllt wurden. Die Wiederkehr der Gewalt unterlief so das *Friedensversprechen* der

von denen insbesondere *Terrorism and the Liberal State* in einer breiten Öffentlichkeit rezipiert wurde. Infolgedessen avancierte Wilkinson zum politischen Berater zahlreicher Regierungen (vgl. Rengger: »Paul Wilkinson obituary«). Für Deutschland hat Gabriele Metzler rückblickend die Diskussion nachvollzogen und betont, dass außerparlamentarische Opposition und Neue Linke zunächst getrennte Diskurse waren, die Trennung zeitgenössisch aber häufig nicht reflektiert wurde. Vgl. hier wie folgend Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 245f., 282–284; Kaelble: »The 1970s«, S. 19; Lee: *Victory in Europe?*, S. 164–166; Turner: *Crisis? What Crisis?*, S. 69–72; Vowinckel: »Anmerkungen zur Mediengeschichte des Terrorismus«.

47 Italien avancierte häufig zum Musterbeispiel für Unregierbarkeit, wozu der doppelseitige Angriff durch den Terrorismus von links und rechts entscheidend beitrug. Siehe Lill: »Italiens ›Schwerregierbarkeit‹«.

48 Hennis: »Zur Begründung der Fragestellung«, S. 15, der unmittelbar auf die PLO verweist.

Nachkriegsstaaten. Oder die Rückkehr der Gewalt wurde als ein Zeichen der zentrifugalen Kräfte gesehen, die die Einheit der Staaten zu zerreißen drohten. Er erschien dann als ein radikalisiertes Symptom für die nachlassende *Integrationskraft* der Staaten, das an die 1930er Jahre erinnerte.⁴⁹

Damit hatte man – sowohl in der historischen Referenz als auch in der systematischen Argumentation – den Zirkelschluss zum Kern der Regierbarkeitsdebatte hergestellt: die Krise der Souveränität. Weil dieses Regierungskonzept ausdrücklich als Antwort auf die Probleme der Zwischenkriegszeit entworfen worden war, hing der Topos *Weimar* in den Regierbarkeitsdebatten in der Luft.⁵⁰ Dass die Krisensymptome die Kernversprechen des Souveränitätsmodells konterkarierten, führte zu einer tiefen Verunsicherung und riss – schon wieder – die Frage auf, ob und wie moderne Gesellschaften politisch gestaltbar und steuerbar waren.

2. Krisennarrative

Angesichts der Vielzahl, Drastik und Nachhaltigkeit der Veränderungen haben viele ihre Debattenbeiträge so weit wie möglich auf die Beschreibung einzelner Aspekte, Länder oder Prozesse beschränkt. Umso schärfer wird die Auseinandersetzung zwischen denen, die eine historische oder systematische *Erklärung* für die Situation entwickelten. Die Schärfe, mit der um die richtige Krisendiagnose gestritten wurde, unterstützte freilich den Eindruck der Krisenhaftigkeit. In der Forschung zu den Krisen der 1970er Jahre ist diesen unterschiedlichen Interpretationsansätzen verhältnismäßig wenig systematische Aufmerksamkeit gewidmet worden. Ich will daher im Folgenden zeigen, dass sich in den Krisendebatten vier prominente Krisennarrative unterscheiden lassen.

Unter den vier Krisennarrativen stehen zunächst zwei Gruppen, die bereits die Konflikte der Nachkriegszeit geprägt hatten und daher nun in Schwierigkeiten gerieten. Die erste Gruppe von Texten, zu denen unter anderem Wilhelm Hennis und der prominente britische Parteienforscher Anthony King beitrugen, analysierte die Geschehnisse ausgehend von der normativen Folie der bestehenden politischen Traditionen und Institutionen. Analytisch gesehen stehen sie in der Tradition eines klassischen Institutionalismus. Ihr ebenso ›klassischer‹ Gegenspieler waren neo-marxistische Beiträge, die, wie zum Beispiel die Beiträge von Claus Offe, auf die internen Widersprüche des Spätkapitalismus abzielten.

49 Siehe Wilkinson: »Die Drohung des Terrorismus«, S. 315–319; Schwarz: »Das europäische Konzentrat der gelähmten Leviathane«, S. 298f.; Lill: »Italiens ›Schwerregierbarkeit‹«, S. 363–372.

50 Siehe Crozier et al.: »Introduction«, S. 4f.; Hennis: »Parteienstruktur und Regierbarkeit«; vgl. für Großbritannien Geppert: *Thatchers konservative Revolution*, S. 202.